

# MICHAEL SCHRODI

INFO-BRIEF IM DEZEMBER 2023



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.



Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,

ein arbeitsintensives, in Teilen turbulentes Jahr neigt sich dem Ende zu. Mit diesem letzten Newsletter des Jahres 2023 gebe ich noch einmal Einblick in die Debatten und Entscheidungen der letzten Monate, möchte mich in diesem Zusammenhang jedoch auch bei allen bedanken, die meine und die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion konstruktiv und unterstützend begleitet haben.

Die Älteren unter euch kennen vielleicht noch die Sonthofen-Rede des damaligen CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß, in der er die Strategie einer destruktiven Oppositionspolitik formulierte, mit der die sozial-liberale Koalition diskreditiert und die Wahlchancen der CDU/CSU gesteigert werden sollten. Die SPD hinterlasse unter Bundeskanzler Helmut Schmidt zerrüttete Staatsfinanzen, Willy Brandt nannte er „Handlanger Moskaus“, Schriftsteller und Journalisten wurden als „Schmeißfliegen und Ratten“ beschimpft, das Staatsschiff müsse wesentlich tiefer sinken, dass die Leute merkten, die SPD habe abgewirtschaftet. Auch heute scheint zu gelten:

Die Union hält eine Nicht-Regierungsbeteiligung für einen Verstoß gegen die Naturgesetze und ihnen ist jede Schmutzkampagne recht, diesen Zustand zu verändern, auch wenn das Ergebnis verbrannte Erde bedeutet. In Zeiten schwerster Krisen ist dieses Verhalten völlig verantwortungslos, denn anstatt zu helfen, die Gesellschaft zusammenzuhalten, spaltet die CDU/CSU, wo immer sie kann. Trotzdem: Letzte Umfragen im Politbarometer zeigen, dass nur 35 % der Menschen erwartet, dass die Union, wenn sie an der Regierung wäre, die Arbeit besser machen würde. Merz und seine Unionsfraktion profitieren also nicht von der Stimmung im Land – aber sie tragen maßgeblich dazu bei.

Eine weitere interessante Zahl findet sich in der Angabe, wie die Menschen in Deutschland das letzte Jahr für sie persönlich beurteilen: 66 % sagen „gut“! Bemerkenswert, denn die hohe Inflation und die steigenden Energiekosten scheinen viele gut gemeistert zu haben. Daran hat die SPD-geführte Regierung ihren Anteil.

Ein Beispiel für die destruktive Haltung der CDU/CSU ist die Klage gegen den Nachtragshaushalt 2023 und damit gegen den Klima- und Transformationsfonds, der von der Union in Regierungsverantwortung selbst geschaffen wurde. Aus dem Fonds sollten wichtige Wachstums- und Klimainvestitionen finanziert werden. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts fallen nun mehr als 60 Milliarden Euro für den Bund weg, doch auch nahezu alle Bundesländer sind mit ihren Haushalten ebenfalls von diesem Urteil betroffen und stehen jetzt vor dem Problem, notwendige Investitionen nicht finanzieren zu können. Die CDU-geführten Länder Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt haben deshalb bereits die Notsituation für 2024 ausgerufen. Ein Pyrrhussieg für die Union, der am Ende doch nur Verlierer hervorbringt.



Zum Karlsruher Urteil durfte ich mich übrigens mit Alexander Dobrinth öffentlich in einem Doppelinterview – also einem Streitgespräch – austauschen. Hier kann man sich den Beitrag noch einmal anschauen:

[Interview: Alexander Dobrinth und Michael Schrodi zur Haushaltskrise | BR Fernsehen | Fernsehen | BR.de](#)

# Bundshaushalt 2024

Den Bundshaushalt stellt dieses Urteil vor die schwierige Situation, insgesamt 17 Milliarden Euro für den Haushalt 2024 einzusparen. Nach langen Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz, Vizekanzler Robert Habeck und Bundesfinanzminister Christian Lindner ist eine Einigung gelungen. Dabei haben wir Wort gehalten: Es wird mit der SPD keinen Abbau des Sozialstaats geben! Dies wäre nicht nur sozial ungerecht, sondern wegen der sinkenden Binnennachfrage auch volkswirtschaftlich schädlich.

Wichtig ist die Einigung auch für viele Organisationen, Verbände und Unternehmen, denn mit dem Haushalt gibt es Sicherheit für die Finanzierung ihrer Aufgaben. Meine Pressemitteilung dazu findet ihr [hier](#).

Teil der Einigung ist auch der Abbau klimaschädlicher Subventionen. Am vergangenen Samstag haben gut 200 Landwirte das Gespräch mit mir gesucht, um vor meinem Büro in Olching gegen den geplanten Subventionsabbau bei Agrardiesel und KfZ-Steuer zu protestieren. Das Gespräch verlief weitgehend sachlich und konstruktiv. Es wird sich zeigen, wie die Einigung im parlamentarischen Verfahren noch einmal modifiziert ist. Klar ist aber auch: Wenn die Mehrheit der Bevölkerung einerseits Sparanstrengungen fordert, kann am Ende nicht das St. Florians-Prinzip gelten: „Heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' and're an!“ Einsparmaßnahmen können nicht immer nur auf andere verschoben werden.

Wir werden jedenfalls nicht zulassen, dass in schwierigen Zeiten Sparmaßnahmen bei den finanziell Schwächsten abgeladen werden.



Copyright DBT Thomas Trutschel photothek

# Wichtige Wachstumsimpulse in der Gesetzgebung

In den vergangenen Wochen habe ich drei große Steuergesetze verhandelt und im Parlament abgeschlossen. Mit der nationalen Umsetzung der **globalen Mindeststeuer** haben wir ein zentrales Vorhaben des damaligen Bundesfinanzministers Olaf Scholz umgesetzt und sorgen so für mehr weltweite Steuergerechtigkeit.

Das **Zukunftsfinanzierungsgesetz** enthält massive Verbesserungen für Start-ups, erleichterte Zugänge für Unternehmen zum Kapitalmarkt und eine starke Ausweitung der Arbeitnehmersparzulage.

Und mit dem **Wachstumschancengesetz** reizen wir Investitionen für Klimaschutz und den Wohnungsbau an, setzen mit der nationalen Anzeigepflicht für Steuergestaltung mehr Steuergerechtigkeit um und schließen die Doppelbesteuerung von Renten aus.

Einige der steuerlichen Maßnahmen würden vor allem die Kommunen jedoch stark treffen.

Deshalb habe ich bereits in den Verhandlungen diese Maßnahmen abgeschwächt, letztlich hat der Bundesrat aber den Vermittlungsausschuss angerufen. Dort darf ich für die SPD die Verhandlungen fortsetzen und kann euch aus den ersten drei Treffen nur berichten, dass Spahn, Füracker und Co. auch hier maximal destruktiv auftreten. Davon lasse ich mich jedoch nicht abhalten, mich weiterhin für zielgerichtete Wachstumsimpulse bei gleichzeitig geringerer Belastung für die Kommunen einzusetzen.

Insgesamt zeigen diese Gesetze deutlich: Wir haben mit den Entlastungen im Zuge der Corona- und der Energiekrise den Bürgerinnen und Bürgern wie den Unternehmen massiv geholfen und gleichzeitig werden wir gezielte Wachstumsimpulse für die Wirtschaft setzen.





# TERMINE



Im Januar finden gleich drei Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen statt, zu denen ich einlade.

Wie wollen wir zukünftig heizen?

Die Kommunale Wärmeplanung ist die Grundlage für klimaneutrales Heizen. Deswegen haben wir das Wärmeplanungsgesetz beschlossen.

Darüber möchten wir reden mit den Abgeordneten Andreas Mehltreterter und Bernhard Daldrup und mit unseren Gästen.

**Montag, 22.1.2024, 19:30 Uhr,**

**Echtland CoWorking, Scheyerer Str. 10, 85276 Pfaffenhofen**

Die Kommunen erfüllen viele Aufgaben - bei der Integration von Geflüchteten, der Digitalisierung ihrer Verwaltungen, bei der Planung einer klimaneutralen Zukunft und bei der Bildung und Betreuung für die Jüngsten. Dafür aber müssen sie handlungsfähig sein und brauchen Geld für Investitionen.

Darüber möchten wir reden mit den Abgeordneten Andreas Mehltreterter, Bernhard Daldrup, Claudia Tausend und unseren Gästen.

**Dienstag, 23.1.2024, 15:00 Uhr,**

**Gasthof Neuwirt, Münchener Str. 10, 85748 Garching**

Respekt, Anerkennung, sichere Arbeitsplätze, angemessene Löhne und eine gerechte Besteuerung. All das verdienen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber bekommen sie es auch? Was können wir noch tun, um Fortschritte für sie zu erreichen.

Darüber möchten wir reden mit Carmen Wegge und unseren Gästen.

**Donnerstag, 25.1.2024, 19:00 Uhr,**

**Wahlkreisbüro Carmen Wegge, Eugen-Papst-Str. 4, 82110 Germering**

Weihnachten wird bei uns ja gerne auch die stade Zeit genannt. Genau so sollten wir sie auch angehen: Die Lautsprecher ausschalten und ganz in Ruhe auf das blicken, was wir erreicht haben, und was wir gerade auf den Weg bringen. Und im nächsten Jahr greifen wir mit neuen Kräften wieder an.

In diesem Sinne wünsche ich euch allen besinnliche und erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins Jahr 2024!

Freundschaftliche Grüße,

Michael Schrodli, MdB, Wahlkreisbüro, Ilzweg 1, 82140 Olching,  
Telefon: 08142 5010589 Mail: michael.schrodli.wk@bundestag.de



**SPD** Soziale Politik für Dich.